
SVR Hongkong

22 Wahl neuer Bezirksräte: Sieg für das demokratische Lager

Am 23. November fand in Hongkong zum zweiten Mal seit dem Souveränitätswechsel die Wahl zu den Bezirksräten (*District Councils*) statt. Während sich die Kandidaten der Demokratischen Partei bei der Besetzung der zur Wahl gestellten Mandate mehrheitlich durchsetzen konnten, erlitt die größte regierungsnaher Partei, die Demokratische Allianz für die Verbesserung Hongkongs (DAB), eine klare Niederlage.

Bei der Wahl zu den neuen Bezirksräten ging es um 400 zu besetzende Mandate, auf die sich auch viele politisch unabhängige Kandidaten beworben hatten. Mehr als eine Million Hongkonger gaben ihre Stimme ab, womit die Wahlbeteiligung bei 44% und damit um acht Prozentpunkte höher lag als bei der vorigen Wahl im November 1999 (vgl. C.a., 1999/11, Ü 27). Der Demokratischen Partei gelang es, in den verschiedenen Bezirken insgesamt 95 der 120 Sitze zu erringen, für die sie Kandidaten aufgestellt hatte. Im Vergleich zu den Wahlen 1999, bei denen 86 von 173 Kandidaten der größten prodemokratischen Partei erfolgreich waren, stellte dies einen Anstieg der Erfolgsquote von 50% auf 79% dar. Dagegen konnte die Beijingnahe DAB lediglich 62 der von ihr angestrebten 206 Sitze für sich gewinnen. Dies bedeutet einen Einbruch ihrer Erfolgsquote von 47% im Jahre 1999, als noch 83 ihrer 176 aufgestellten Kandidaten siegreich waren, auf nunmehr magere 30%.

Die Wahlergebnisse stellen für die DAB die schwerste Niederlage der Partei seit ihrer Gründung vor 11 Jahren dar. Experten hatten der Allianz aufgrund ihrer ungebrochenen Unterstützung des bei der Bevölkerung unbeliebten Regierungschefs Tung Chee-hwa im Vorfeld Einbußen vorausgesagt. Mit einer derartigen „Wahlschlappe“ hatte dennoch keiner gerechnet. Der Parteivorsitzende der

DAB, Tsang Yok-sing, sah angesichts des Debakels keinen anderen Ausweg, als seinen Rücktritt anzubieten. Diesen nahm die Partei am 2. Dezember an.

Nach Meinung von Beobachtern haben die jüngsten Wahlen die schwere politische Krise, in der sich die Administration Tung Chee-hwa seit den Massenkundgebungen im Sommer befindet (vgl. C.a., 2003/7, Ü 29), weiter verstärkt. Die Bezirksräte der Sonderverwaltungsregion sind zwar politisch eher unbedeutend, da sie im Wesentlichen nur über eingeschränkte Mitsprachekompetenzen bei Regierungsprojekten sozialer und kultureller Art verfügen; ihre Wahl gilt aber als wichtiges Stimmungsbarometer – nicht zuletzt in Vorausschau auf die Wahlen zur Legislativversammlung im September nächsten Jahres.

Der klare Wahlsieg für das demokratische Lager bedeute aber auch eine Herausforderung der Kontrolle Beijings über die Sonderverwaltungsregion, so Experten. Die Unterstützung in der Bevölkerung werde die demokratischen Gruppen ermutigen, ihre Forderungen nach einer gänzlichen Demokratisierung des Regierungssystems zu intensivieren. Nach dem Grundgesetz (*Basic Law*) Hongkongs ist es möglich, dass bis zum Jahre 2007 allgemeine Wahlen für das Amt des Regierungschefs und die Legislativversammlung eingeführt werden. Bisher wird der Regierungschef alle fünf Jahre von einem Wahlkomitee bestimmt, dessen Mitglieder einseitig die Interessen der Zentralregierung in Beijing und der Hongkonger Geschäftswelt repräsentieren. Auch in der im September 2000 „gewählten“ Legislativversammlung sind nur 24 der insgesamt 60 Abgeordneten direkt gewählt. 30 Mandate wurden durch berufsständische Wahlkollegien und sechs durch einen Wahlausschuss der Regierung vergeben. Dieses Ernennungsrecht muss die Regierung bei den kommenden Wahlen zum Legislativrat im September 2004 allerdings einbüßen. Dann werden immerhin die eine Hälfte der Abgeordneten durch Direktwahlen und die andere Hälfte durch die Wahlkollegien ermittelt. Damit bekommen mehr Vertreter des oppositionellen Lagers eine Chance auf den Einzug ins Hongkonger Parlament.

Für Yeung Sum, Vorsitzender der Demokratischen Partei, stellen die hohe Wahlbeteiligung sowie der Erfolg für die prodemokratischen Kräfte klare Signale an die Administration Tung sowie die parteistaatliche Führung in Beijing dar. „Hongkongs Bevölkerung ist bereit für die volle Demokratie, die das Grundgesetz zulässt.“ Dies haben auch unabhängige Befragungen vor Wahllokale ergeben, nach denen 80% der Wähler für die Direktwahl des Regierungschefs und allgemeine Wahlen zur Legislativversammlung ab 2007 eintreten. Dafür sind allerdings sowohl eine Zweidrittelmehrheit der Legislativversammlung, als auch die Zustimmung des Regierungschefs der Sonderverwaltungsregion und des Nationalen Volkskongresses in Beijing notwendig.

Bereits im Vorfeld der Wahlen hat Tung angekündigt, ab nächstem Jahr öffentliche Konsultationen über mögliche Änderungen des Wahlsystems einzuleiten. Kommentatoren sehen es aber als unwahrscheinlich an, dass diese Beratungen das Potenzial haben werden, die immer lauter werdenden Forderungen der Öffentlichkeit nach mehr politischer Einflussnahme zu besänftigen. (NZZ, 20.11.03; RTHK Radio, 23.11.03, nach BBC PF, 24.11.03; XNA, 24.11.03; FAZ, 25.11.03; FT, 25.11.03; SCMP, 25.11.03; ST, 25., 26.11.03; FEER, 4.12.03) -bk-

23 Einrichtung eines Center for Health Protection

Nachdem im SARS-Untersuchungsbericht (vgl. dazu C.a., 2003/10, Ü 28) die Einrichtung eines Center for Health Protection empfohlen worden war, ist Hongkong jetzt dabei, ein solches Zentrum aufzubauen. Es soll die Aufgabe haben, Infektionskrankheiten zu kontrollieren und Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Zunächst wurde ein Advisory Committee gegründet, das im November zum ersten Mal tagte und sich mit den konkreten Aufgaben des Center for Health Protection befasste. In dem Beratungsgremium sind Verwaltungsfachleute und angesehene Mediziner aus Hongkong vertreten, die mit ihrer Expertise dazu beitragen sollen, die medizinische Infrastruktur Hongkongs zu verbessern. Den Vorsitz im Advisory Committee führt Permanent Sec-

retary for Health, Welfare and Food Carrie Yau. Entsprechend den Empfehlungen des Untersuchungsberichts soll das neue Center for Health Protection verantwortlich und mit Autorität handeln können. Deshalb soll das Center nicht nur seine Fachkenntnisse hinsichtlich der Prävention und Kontrolle ansteckender Krankheiten zur Verfügung stellen, sondern auch koordinierende Funktionen übernehmen, also die Arbeit der Behörden und Gemeinden koordinieren. Das Zentrum wird von der Hongkonger Regierung und dem Hongkonger Jockey Club finanziert. Letzterer hat 500 Mio. HKD zur Verfügung gestellt. Das Advisory Committee hat weit reichende Beratungsfunktionen, die sich nicht nur auf die Rolle und Aufgaben des Zentrums, sondern auch auf die künftige Richtung der Ausbildung sowie der Forschung und Entwicklung erstrecken. (Vgl. XNA, 10. u. 11.11.03; BBC PF, 13.11.03)

Unterdessen wurde bekannt, dass das US-amerikanische pharmazeutische Unternehmen PRB seine Testserie mit dem Anti-SARS-Produkt Vira-38 einstellen musste, weil das Labor der Chinese University, das das Unternehmen in Hongkong benutzte, geschlossen wurde. Andere Labore standen nicht zur Verfügung; das Labor des Prince of Wales Hospital, des Lehrkrankenhauses der Chinese University, entsprach nicht dem internationalen Standard und musste daher die Experimente mit dem SARS-Virus abbrechen, und das einzige andere Labor mit den vorgeschriebenen Sicherheitsstandards, das sich an der University of Hong Kong befindet, war belegt. PRB drohte damit, sein SARS-Forschungsprojekt nach Taiwan zu verlegen, wenn Hongkong die notwendige technische Ausstattung nicht zur Verfügung stellen könne.

Sollte die Drohung wahr werden, würde Hongkong seine Rolle als einer der Pioniere in der SARS-Forschung einbüßen. (SCMP, 24.11.03) -st-

24 Kürzungen im Hochschulsektor

Hongkongs Universitäten sind beunruhigt über die Ankündigung der Regierung, weitere Haushaltskürzungen im Hochschulwesen seien notwendig.

Nachdem bereits für das akademische Jahr 2004/05 mit Einwilligung des University Grants Committee und der betroffenen Institutionen eine zehnprozentige Kürzung verfügt worden ist, sollen die Hochschulen nun auch für die Jahre 2005 bis 2008 einschneidende Kürzungen hinnehmen. Die Rede ist von 30% für die drei Jahre. Ein Vorlesungsstreik der Studenten mehrerer Universitäten aus Protest gegen die Kürzungen konnte in letzter Minute abgewendet werden, nachdem der Secretary for Education and Manpower, Arthur Li Kwok-cheung, mit Studentenvertretern der acht aus öffentlichen Mitteln finanzierten Universitäten verhandelt hatte. Prof. Li sagte den Studenten zu, sich beim Financial Secretary dafür einzusetzen, den Bildungshaushalt von drastischen Kürzungen zu verschonen. Er sei sich darüber im Klaren, dass Hongkong in seinem Streben, eine Wissensgesellschaft zu werden, weiterhin mehr ins Bildungswesen investieren müsse, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu steigern. Li machte darauf aufmerksam, dass die Bildungsausgaben als Anteil am BSP in den vergangenen fünf Jahren stetig gestiegen seien. Dieser Anteil habe sich von 3,8% des BSP im Jahre 1998/99 auf 4,3% im Jahre 2002/03 erhöht. Angesichts des großen Defizits, dem sich Hongkong derzeit gegenübersehe, seien Einschnitte unumgänglich, damit der Haushalt wieder ausgeglichen würde. Noch aber sei nichts entschieden.

Sind die angekündigten Kürzungen im Bildungswesen unvermeidlich, so wird wahrscheinlich der tertiäre Bildungsektor der Hauptleidtragende sein, denn der Primar- und Sekundarschulsektor mit ihren gravierenden Mängeln machen höhere Investitionen in diesem Bereich vorrangig. Allerdings wäre fraglich, ob Hongkong, das den Ehrgeiz hat, nicht nur regionales Wirtschafts- und Dienstleistungszentrum zu bleiben, sondern auch ein Technologiezentrum zu werden, bei sinkenden Investitionen in die Universitäten in der Lage sein wird, die für seine Ziele erforderlichen Akademiker entsprechend gut auszubilden. (Vgl. SCMP, 11. u. 17.11.03; XNA, 26.11.03) -st-

SVR Macau

25 Edmund Hos Regierungserklärung 2004

Edmund Ho gab am 19. November vor der Legislativversammlung seine vierte Regierungserklärung ab, die letzte in seiner fünfjährigen Amtsperiode, die Ende 2004 ausläuft. Nach Artikel 48 des *Basic Law* kann Macaus Regierungschef maximal zwei Amtsperioden regieren. Die Regierungserklärung für das Steuerjahr (=Kalenderjahr) 2004 umfasste drei Teile:

A Zusammenfassung der Regierungsarbeit im Jahr 2003.

B Schwerpunkte der Regierungsarbeit im Jahr 2004.

1 Die Verwaltungsreform vertiefen und eine gerechte Gesellschaft aufbauen.

2 Die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben und die Industriestrukturen optimieren.

3 Die Chancen des „Abkommens über engere wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Festlandchina und Macau“ (Mainland-Macau Closer Economic Partnership Arrangement, CEPA) ergreifen und die regionale Zusammenarbeit stärken.

C Mit der Zeit voranschreiten, die Entwicklung koordinieren.

In seiner Zusammenfassung der 2003 erzielten Erfolge hob Edmund Ho die reibungslose Fortführung der Verwaltungsreform hervor, den in der Reform des öffentlichen Dienstes erzielten Durchbruch, die gesellschaftliche Stabilität, die Beschleunigung der wirtschaftlichen Belebung durch wachsende Investitionen und nicht zuletzt die SARS-Bekämpfung.

Bei den Wirtschaftsschwerpunkten nannte der Regierungschef als ein Ziel in den kommenden Jahren die